



Informationsbrief

Ausgabe 03/2017



Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren!

Am Wochenende wird der nächste Deutsche Bundestag gewählt und im Oktober der Niedersächsische Landtag. Wir hoffen, dass die gewählten Politiker auch weiterhin den Bau der A20 unterstützen. Denn der Norden ist auf dieses zentrale Verkehrsprojekt zwingend angewiesen, aber auch der Rest Deutschlands profitiert von ihm.

Die Aufnahme der A20 in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans war aus Sicht des Fördervereins Pro A20 e.V. ein wichtiger Meilenstein. Wir verdanken das nicht zuletzt dem öffentlichen Druck auf die Entscheidungsträger. Dieser Druck darf nicht nachlassen, damit die Küstenautobahn auch künftig auf der politischen Agenda weit oben steht. Eine Stimmenabgabe, bei der die positive Haltung zur A20 zu einem wichtigen Kriterium gemacht wird, stärkt das Lager der Befürworter.

Der Förderverein hat seinen Vereinsflyer neu aufgelegt. Diesen fügen wir als Anlage bei. Gerne stellen wir Ihnen auch den Originalflyer in ausreichender Menge zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen nun eine nutzbringende Lektüre dieses Infobriefes. Der nächste Infobrief soll im Dezember 2017 erscheinen.

Der Vorstand

Küstenautobahn: Zum Stand der Dinge

Wirtschaftsminister Olaf Lies:

„Die Bagger rücken bald an!“

Der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) rechnet für Ende 2017 oder Anfang 2018 mit dem Planfeststellungsbeschluss für den ersten Abschnitt der A20 zwischen Westerstede und Jaderberg.

Der Nordwest-Zeitung sagte er am 1. September: "Das würde bedeuten, dass wir schnell mit dem Bau beginnen können." Konkret können die Bagger "nach dem Jahreswechsel und der Baustelleneinrichtung anrücken".

Der Minister betonte in diesem Zusammenhang, wie wichtig der enge Dialog mit vom Bau direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sei. Er unterstrich: „Ich will gar nicht erst warten, bis die Einsprüche kommen, sondern schon im Vorfeld die Sorgen der Bürger kennen lernen. Wo drückt der Schuh? Gibt es nicht mindestens eine gemeinsame Gesprächsebene, um schwierige Fragen zu lösen?“ Es sollten Lösungsansätze gefunden werden, die beiden Seiten gerecht würden. Lies: „Wir wollen schnell bauen, aber auch die Betroffenen mitnehmen.“

A20 gehört zu den unverzichtbaren Hafenhinterlandanbindungen

Auch anlässlich der Eröffnung des Niedersächsischen Hafentages Anfang September in Cuxhaven bekannte sich der Minister unmissverständlich zur A20. Außerdem betonte er die Notwendigkeit leistungsfähiger Hinterlandanbindungen: „Um den ‚Hafen Niedersachsen‘ auch künftig in seiner Gesamtheit zu stärken, ist der weitere Ausbau und die Modernisierung aller Verkehrsträger dringend erforderlich. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 setzt für Niedersachsen die richtigen Schwerpunkte.“ Im Bereich Schiene werde die dringend erforderliche Alpha-Lösung für den Schienengüterverkehr im Norden realisiert. „Hinsichtlich der Wasserstraßen konnte neben der bedeutsamen Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterweser auch die Vertiefung der Außenems und der Bau der Schleuse Lüneburg im Vordringlichen Bedarf platziert werden.“ Darüber hinaus gelte die für Niedersachsen und seine Wirtschaftsstandorte an der Küste wichtige Mittelweseranpassung als „fest disponiert“, so Lies.

Der Minister, der stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Beirates des Fördervereins Pro A20 e.V. ist, machte in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Autobahnprojekte A 20 und A 39 für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Anbindung der Seehäfen aufmerksam. Olaf Lies: „Ich stehe für die A 20 und die A 39. Wir werden beide Projekte zügig weiter planen und mit hoher Geschwindigkeit vorantreiben.“

Verzögerungen bei der A20 in Schleswig-Holstein:

Minister Buchholz will alle Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen

Damit sich die Verzögerungen beim Weiterbau der A20 in Schleswig-Holstein in Grenzen halten, will der neue Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) alle Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen.

Genügend Mittel zur Aufstockung der Planungskapazitäten würden bereitgestellt; auf die Bundesplanungsgesellschaft und die Naturschutzverbände werde zugegangen.

Nach Amtsantritt musste Minister Buchholz feststellen, dass die bisher bekannten Zeitplanungen der SPD-geführten Vorgängerregierung unrealistisch sind. Die Rede ist nun von fachlichen Mängeln und hemmenden politischen Vorgaben.

Befürworter der A20

Interkommunales Gewerbegebiet geplant:
Arbeitskreis in der Wesermarsch eingerichtet

Im Landkreis Wesermarsch wurde mit den Planungen für den Bau eines interkommunalen Gewerbegebietes begonnen, an dem sich mehrere oder möglicherweise sogar alle neun Städte und Gemeinden beteiligen werden. Das künftige Gewerbegebiet ist eine Reaktion auf den Bau der A20; es wäre das erste interkommunale Gewerbegebiet. Das berichtet die "Kreiszeitung Wesermarsch". Die Gewerbeflächen sollen künftig von großen, überregional tätigen Unternehmen genutzt werden. Zurzeit befasst sich ein Arbeitskreis aus Kreistagsabgeordneten und Mitarbeitern der Verwaltung mit Grundsatzfragen. Dazu gehört auch der Standort. Der Arbeitskreis wird Vorschläge erarbeiten, die später den zuständigen Fachausschüssen des Kreistages zur weiteren Beratung und Abstimmung vorgelegt werden.

Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen:

Wahlprüfsteine fordern auch die Küstenautobahn

Der Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen (GVN) hat zur Landtagswahl im Oktober 2017 Wahlprüfsteine vorgelegt. Darin wird auch der Bau der Küstenautobahn A20 als "unerlässlich" bezeichnet.

Angesichts einer Steigerung der Verkehrsleistung um knapp 40 Prozent in den kommenden 15 Jahren sei ein "Investitionshochlauf" in Infrastruktur dringend erforderlich. Der Verband argumentiert: „Verkehr und Mobilität sind

nicht nur ein zentraler gesellschaftlicher Faktor für die Attraktivität einer Region, sondern für das private Verkehrsgewerbe von existentieller wirtschaftlicher Bedeutung.“

www.gvn.de

Wahlprüfsteine der Unternehmerverbände Niedersachsen:

Forderung nach Bau der A20 wiederholt

Die Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) haben ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl im Oktober vorgestellt. Darin fordern die UVN unter anderem dringend das beschleunigte Planen und Bauen von Maßnahmen für eine bessere Verkehrsinfrastruktur; zu denen zählen die UVN zum Beispiel die A20.

Ein großes Problem sei der Mangel an Mitarbeitern in der Landesstraßenverwaltung. Die UVN treten deshalb neben weiteren Punkten für eine Konzentration der Bauaktivitäten des Landes in einer starken und entscheidungsfähigen Bauverwaltung, die vermehrte Übertragung von Planungsleistungen in Bauverträge und das Prüfen alternativer Streitbeilegungsmechanismen ein.

Andere Initiativen für bessere Verkehrsinfrastruktur

Neu gegründeter Förderverein Pro E 233:

Bisherige und künftige Aktivitäten vorgestellt

Der im Mai 2017 gegründete Förderverein Pro E 233 hat seine bisherigen und künftigen Aktivitäten vorgestellt.

So gibt es einen Flyer mit ergänzenden Fakten sowie eine Homepage mit den wichtigsten Argumenten für den Ausbau. Weiterhin sollen in Kürze entlang der Strecke der E233 Plakatwände aufgestellt werden.

Ferner sind Informationsveranstaltungen und Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern geplant.

Positive Beschäftigungseffekte wie bei der A31 erwartet

Als einen der wesentlichen Vorzüge des Projektes benannte Vereinsmitglied Bernard Krone die Arbeitsplätze. Für das Fahrzeugwerk Bernard Krone entstünden beispielsweise gerade 30 neue Arbeitsplätze in Herzlake. Die Standortscheidung für Herzlake sei maßgeblich mit dem geplanten Ausbau der E 233 begründet. Krone wies auf die positiven Beschäftigungseffekte des Lückenschlusses der A31 hin, die auch für die E 233 zu erwarten seien. Aus diesem Grunde unterstütze er als Unternehmer, aber auch als Vorsitzender der Wachstumsregion Ems-Achse das Projekt und den Verein.

„Der vierstreifige Ausbau der E 233 schafft außerdem Verbindungen“, ergänzte Klaus Mecking, 2. Vorsitzender des Fördervereins. Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur gewährleiste den schnellen und reibungslosen Warenfluss. Der Ausbau verbessere die Verbindung zwischen dem Emsland und dem Oldenburger Münsterland, aber auch für die weiteren angrenzenden Regionen im Fernverkehr. Mecking: „Gerade für die bereits jetzt hier ansässigen Unternehmen verspricht der Ausbau der E 233 eine deutlich bessere Erreichbarkeit für Mitarbeiter und Kunden.“

www.pro-e233.de

Verein Pro B210n in Ostfriesland:

Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen

Die Mitgliederversammlung des Vereins Pro B210n hat sich auf ihrer Sitzung im Juni dafür ausgesprochen, weiterhin verstärkt für eine verträgliche Umsetzung des Straßenbauprojekts einzutreten. „Die B210n ist im vordringlichen Bedarf des Bundes. Die Planungen der Landesbehörde gehen gut voran.“ Das sagte Hinrich Tjaden, Vorsitzender des Vereins.

„Durch den hinzugekommenen dritten Bauabschnitt Bangstede / Georgsheil steigen die Effekte des Infrastrukturprojekts für die Städte Emden und Norden“, so Tjaden. Insbesondere Emden und Hinte würden von einem Großteil des Urlauberverkehrs entlastet. Norden und Norddeich selbst seien so deutlich besser erreichbar. „Es freut uns sehr, dass auch die Stadt Norden unserem Verein offiziell beigetreten ist“, so Tjaden.

Ein weiterer wesentlicher Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung war die Neuwahl des Vorstands. Hinrich Tjaden wurde als Vorstandsvorsitzender bestätigt. Neuer zweiter Vorsitzender ist Berend Voss, neuer Schatzmeister Christian Averbeck. Jan-Ole Wolfenberg bleibt Schriftführer des Vereins.

Der bisherige zweite Vorsitzende Jacobus Penning und der bisherige Schatzmeister Günter Tjards wechseln auf eigenen Wunsch in den Beirat. Die weiteren Beiratsmitglieder sind Franz Melles, Dr. Udo Fecht, Hinrich Goes, Wilfried Bents, Gustav Claashen, Bernd Hinrichs, Hans-Joachim Stedler und Gerhard Schmidt. Als Rechnungsprüfer wurden Hans-Joachim Stedler und Uwe Weckmüller gewählt.

www.b210n.de

Verkehrspolitik

Deutsche Industrie beklagt:

Verkehrsinfrastruktur wird schlechter

Die deutsche Industrie beklagt einen schleichenden Rückgang der Leistungsfähigkeit bei der Verkehrsinfrastruktur. In einer aktuellen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) geben die Unternehmer nur noch die Gesamtnote 3,2 (2011: 2,5; 2014: 2,9). Eine bessere Verkehrsinfrastruktur würde 20 Prozent der Unternehmen zu mehr Investitionen veranlassen.

Die Untersuchung beruht auf den Aussagen von mehr als 1.500 Betrieben aus dem „IHK-Netzwerk Industrie“, das deutsche Industrieunternehmen und industriennahe Dienstleister umfasst.

Der DIHK stellt fest: "Mit Just in time-Produktion, zunehmender Arbeitsteilung und der starken internationalen Vernetzung von Standorten hat die Bedeutung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur gerade für die Industrie weiter zugenommen."

Der Ausbau unter dem Aspekt einer erhöhten Leistungsfähigkeit des Gesamtnetzes erfolge „nur unzureichend“.

Der Bundesverkehrswegeplan mache zwar Hoffnung, aber bei den Planungskapazitäten seien die Defizite groß.

Aus Sicht der befragten Industrieunternehmen bleibt die Skepsis der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Großprojekten und Infrastrukturvorhaben eine große Herausforderung. Fazit: „Mehr Offenheit bei der Planung sowie eine bessere Informationspolitik und Einbindung der Bevölkerung können die Akzeptanz von Großprojekten erhöhen und Realisierungszeiträume beschleunigen.“

<https://www.dihk.de/.../.../2017-08-14-standortumfrage-industrie>

Gastgewerbe-Saisonumfrage der IHK Niedersachsen (IHKN):

Erreichbarkeit per PKW bleibt bedeutsamen

Die IHK Niedersachsen (IHKN) hat die Verantwortlichen von 500 Gastgewerbebetrieben nach ihren Prioritäten befragt. Demnach steht die Erreichbarkeit per PKW auf Rang Drei in Sachen Handlungsbedarf.

Gefordert wird ein weiterer, bedarfsgerechter Ausbau und der Erhalt des vorhandenen Netzes auf qualitativ hohem Niveau. Hierzu gehört auch der Bau der A20, der unter anderem vom Tourismusverband Niedersachsen ausdrücklich gefordert wird.

Landesregierung und IHKs im Dialog:

Auch Verkehrspolitik im Fokus

Im August trafen sich die niedersächsische Landesregierung und die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern zu ihrem jährlichen Dialog über wirtschaftspolitische Themen.

Zum Thema „Verkehr“ heißt es in der Abschlusserklärung:

„Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Produktions- und Logistikstandortes Niedersachsen unerlässlich.

Angesichts eines weiterhin deutlichen Verkehrswachstums insbesondere im Güterverkehr wird sich die Wirtschaft dort, wo möglich, für eine stärkere Nutzung der Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße einsetzen. Die Straße wird allen Prognosen nach aber auch zukünftig einen Großteil der Verkehrsmenge zu bewältigen haben.

Landesregierung und IHKN sind sich daher einig, dass die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Gründung einer Bundesautobahngesellschaft nicht zu wachsender Bürokratie und Projektverzögerungen führen darf. Das Land Niedersachsen und die IHKN setzen sich gemeinsam dafür ein, dass der Sitz einer der Regionalgesellschaften der neuen Bundesautobahngesellschaft in Niedersachsen sein wird.“

Appell des IHK-Vertreters Jakob Weers:

Mehr Wertschätzung für den Güterverkehr erforderlich

Es müsse stärker herausgestellt werden, welchen Beitrag der Güterverkehr auf der Straße zur Versorgung des Landes und zum Wohlstand leistet. Das fordert Jakob Weers, Vorsitzender des Verkehrsausschusses der IHK für Ostfriesland und Papenburg.

Weers sagte im Juli wörtlich: "Es zeugt von einer gewissen Naivität, sich Waren aus der ganzen Welt zu bestellen, gleichzeitig aber den Lkw-Verkehr in die Schmutzdecke zu stellen." Gesellschaft, Politik und Branchenvertreter müssten stärker für eine angemessene Wertschätzung des Güterverkehrs eintreten.

„Liberal“-Artikel zur Verkehrsinfrastruktur:

Verlagerung auf die Schiene „kaum eine Alternative“

„Ausgebremst!“ - Unter dieser Überschrift befasst sich das FDP-nahe Magazin „Liberal“ in seiner Ausgabe 4/2017 mit dem Zustand der Verkehrsinfrastruktur und seinen negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Einer der Aspekte, der angeschnitten wird, ist eine Verlagerung von Güterverkehr auf die Bahn – aus Sicht des Autors Gian Hessami „kaum eine

Alternative“. Denn: „Allein in Nordrhein-Westfalen ist die Hälfte aller 4.458 Bahnbrücken sanierungsbedürftig. Das ergibt sich aus einer Antwort des Bundesverkehrsministers auf eine Kleine Anfrage, die die Grünen-Fraktion im Mai dieses Jahres in den Bundestag eingebracht hatte. So sind zum Beispiel in Berlin 72 der insgesamt 904 Eisenbahnbrücken so marode, dass sich eine Sanierung aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr lohnt.“

Sehr kritisch äußert sich auch der Stauforscher und Physik-Professor Michael Schreckenbergr zu einer möglichen Verlagerung: „Die Bahn agiert sowieso schon an der Obergrenze der möglichen Kapazitäten – eine Tendenz, die in ganz Deutschland zu erkennen ist.“

www.libmag.de

IHK Nord fordert Infrastrukturbeschleunigungsgesetz:

Von Dänemark und den Niederlanden lernen

Die IHK Nord fordert ein neues Infrastrukturbeschleunigungsgesetz des Bundes, das nach der Bundestagswahl im Koalitionsvertrag verankert und in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden soll. Darin soll gesetzlich festgelegt sein, dass Verwaltungsgerichte bei Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse innerhalb einer bestimmten Frist zu einem Urteil kommen müssen. Vorbild können hier die Niederlande sein, in denen bei Einwendungen gegen ein Projekt innerhalb von sechs Monaten entschieden werden muss.

Als Alternative zur deutschen Planfeststellung könnte nach Auffassung der IHK Nord die Einführung von Baugesetzen wie in Dänemark beschlossen werden. Während hierzulande die Genehmigung von Infrastrukturvorhaben durch ein Verwaltungsverfahren erfolgt, werden sie in Dänemark durch Baugesetze legitimiert. Sie sind das Pendant zum deutschen Planfeststellungsbeschluss und werden vom dänischen Parlament gebilligt. Zwar besteht die Möglichkeit, dagegen gerichtlich Einspruch zu erheben. Allerdings darf sich eine Klage nicht auf den materiellen Inhalt des Gesetzes beziehen, sondern muss vielmehr die Verfassungskonformität des Baugesetzes per se infrage stellen.

Die IHK Nord ist ein Zusammenschluss von 12 Industrie- und Handelskammern aus den fünf norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

www.ihk-nord.de

Zur Situation bei der Bahn

Erhebliche Verspätungen bei der Deutschen Bahn:

Kupferproduzent Aurubis beklagt sich

Aurubis, einer der größten Kupferproduzenten der Welt, klagt öffentlich über die erheblichen Verspätungen der Deutschen Bahn. Damit Kunden versorgt werden konnten, habe man teilweise auf Lastwagen umdisponieren müssen. Das berichtet die „Wirtschaftswoche“ im Juli.

Das Magazin benennt außerdem das Stahlwerk Thüringen, das ähnliche Probleme habe. Ähnliches gelte für den Stahlkonzern Salzgitter, der über einen „erheblich erhöhten Aufwand und Stress bei der Organisation des Versands unserer Produkte“ klage.